



NETZWERK
NACHHALTIGE
ÖKONOMIE
SUSTAINABLE ECONOMICS

LANGFASSUNG DER KERNAUSSAGEN

Stand 18.08.2014

Erstens: Starke Nachhaltigkeit

Die Nachhaltige Ökonomie sieht die heutige Wirtschaftsordnung als nicht zukunftsfähig an (Müller 2009) und vertritt die Position einer Starken Nachhaltigkeit (Bartmann 2001: 62), die von einer Reihe von Positionen gekennzeichnet ist:

- 1) Begrenzte Substituierbarkeit:** Die Mehrzahl der natürlichen Ressourcen wird als existenzielle Lebensgrundlage angesehen, die nicht durch künstliches Kapital substituierbar ist (Ehrlich 1989). Einige Autoren halten die Intensität der Diskussion um die Substituierbarkeit natürlicher Ressourcen für etwas übertrieben. So scheint es Lerch (2001: 94) geradezu trivial, dass beide Extrempositionen nicht haltbar sind. Tatsächlich sind einzelne natürliche Ressourcen substituierbar, unabhängig davon, ob der Verbrauch ethisch vertretbar ist oder nicht. Auf der anderen Seite existieren allerdings viele Ressourcen auf die dies nicht zutrifft. Kopfmüller vertritt hierzu eine sog. „mittlere“ Position, nach der eine begrenzte Substitution von Naturkapital für zulässig gehalten wird, will aber für natürliche Ressourcen kritische Grenzen formulieren, die nicht unterschritten werden dürfen (Grunwald; Kopfmüller 2006: 39). Dem schließen wir uns an. Hierbei werden die Interdependenzen zwischen den Dimensionen betont und berücksichtigt (Kopfmüller u. a. 2001).
- 2) Absolute Naturschranken:** Es werden absolute Schranken der natürlichen Tragfähigkeit anerkannt (Majer 2002: 41) und daher ökologische Leitplanken (politisch-rechtliche Instrumente) für die wirtschaftliche Entwicklung gefordert. Das Drei-Säulen-Modell, das von einer Gleichwertigkeit der Zieldimensionen ausgeht, wird somit abgelehnt. Wir empfehlen stattdessen das Modell vom Zieldreieck der Nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit, das auch als ökologische Fahrinne angesehen werden kann.
- 3. Dauerhafter Erhalt:** Es geht der Nachhaltigen Ökonomie nicht um einen optimalen Verbrauch natürlicher Ressourcen (neoklassische Position), sondern um ihre dauerhafte Erhaltung, d. h. der Naturkapitalstock soll über die Zeit und Generationen hinweg konstant gehalten werden oder steigen (Held; Nutzinger 2001: 24; Holstein 2003: 69; SRU 2002, Tz. 28; SRU 2008/06: 2). Die natürlichen Ressourcen sind nicht generell

substituierbar, sondern nur jene, bei denen ein gleichwertiger Ersatz möglich und realistisch ist (s. Managementregeln der Nachhaltigkeit im Anhang). Neben den Versorgungsleistungen der Natur, gilt es die Regulierungs-, Kultur- und Strukturleistungen (z. B. Bodenbildung, Nährstoffkreisläufe und Biomassenaufbau) zu erhalten (siehe Weltagrarbericht 2009).

Hintergrund dieser drei Aussagen sind die folgenden Erkenntnisse: Die neoklassische Ökonomie beschäftigt sich kaum mit dem Feld der natürlichen Ressourcen. Die Umwelt fungiert in dem Marktsystem nur als Randbedingung (Input in den Produktionsprozess) und die Natur lediglich als Konsumgut (Herr 2009). Sie begreift die natürlichen Ressourcen als einen von drei Produktionsfaktoren, die effizient zu nutzen sind, damit die Ökonomie funktioniert. Sie verfolgt damit die Position einer Schwachen Nachhaltigkeit. Die Nachhaltige Ökonomie sieht – aus der Position der Starken Nachhaltigkeit – die Erde als ein geschlossenes, nicht materiell wachsendes System (Majer 2002: 41). Die Wirtschaft wird als ein Subsystem der menschlichen Gesellschaft und dieses als ein Subsystem der Natur angesehen (Bartmann 1996: 13 und 33; Costanza u. a. 2001: 93). Hierbei wird die Natur heute stark vom Menschen beeinflusst, dennoch bleibt es dabei, dass menschengemachte Technik und Güter nicht ohne die Natur (natürliche Ressourcen und Dienstleistungen) produziert werden können (Held; Nutzinger 2001: 18). Dieses hierarchische Verhältnis kann an folgendem Beispiel veranschaulicht werden: Wenn die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital optimal für ein Sägewerk eingesetzt werden, welchen Wert hat dies ohne den Wald? Umgekehrt hat ein Wald mit seinen Funktionen immer einen hohen Wert. Ohne Wälder – umfassender ohne Pflanzen – könnte keine Wirtschaft funktionieren bzw. kein Leben auf der Erde existieren (WI 2005: 173). Das Gleiche gilt für die Umweltmedien (Boden, Luft, Wasser) und viele andere Ressourcen. Damit darf die Natur nicht nach den Interessen der Wirtschaft (eines maximalen wirtschaftlichen Wachstums) umgestaltet werden, sondern die Wirtschaft muss an die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit angepasst werden, d. h. dass ein radikaler Wirtschaftswandel notwendig ist (Nantke 2009).

Aus diesen Erkenntnissen leitet die Nachhaltige Ökonomie ihre Definition einer Nachhaltigen Entwicklung ab: „Eine Nachhaltige Entwicklung will für alle heute lebenden Menschen und künftigen Generationen ausreichend hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit der Erde erreichen und so das intra- und intergenerative Gerechtigkeitsprinzips durchsetzen“ (Rogall 2000: 100; vgl. a. Abgeordnetenhaus von Berlin 2006/06: 12).

Zweitens: Pluralistischer Ansatz

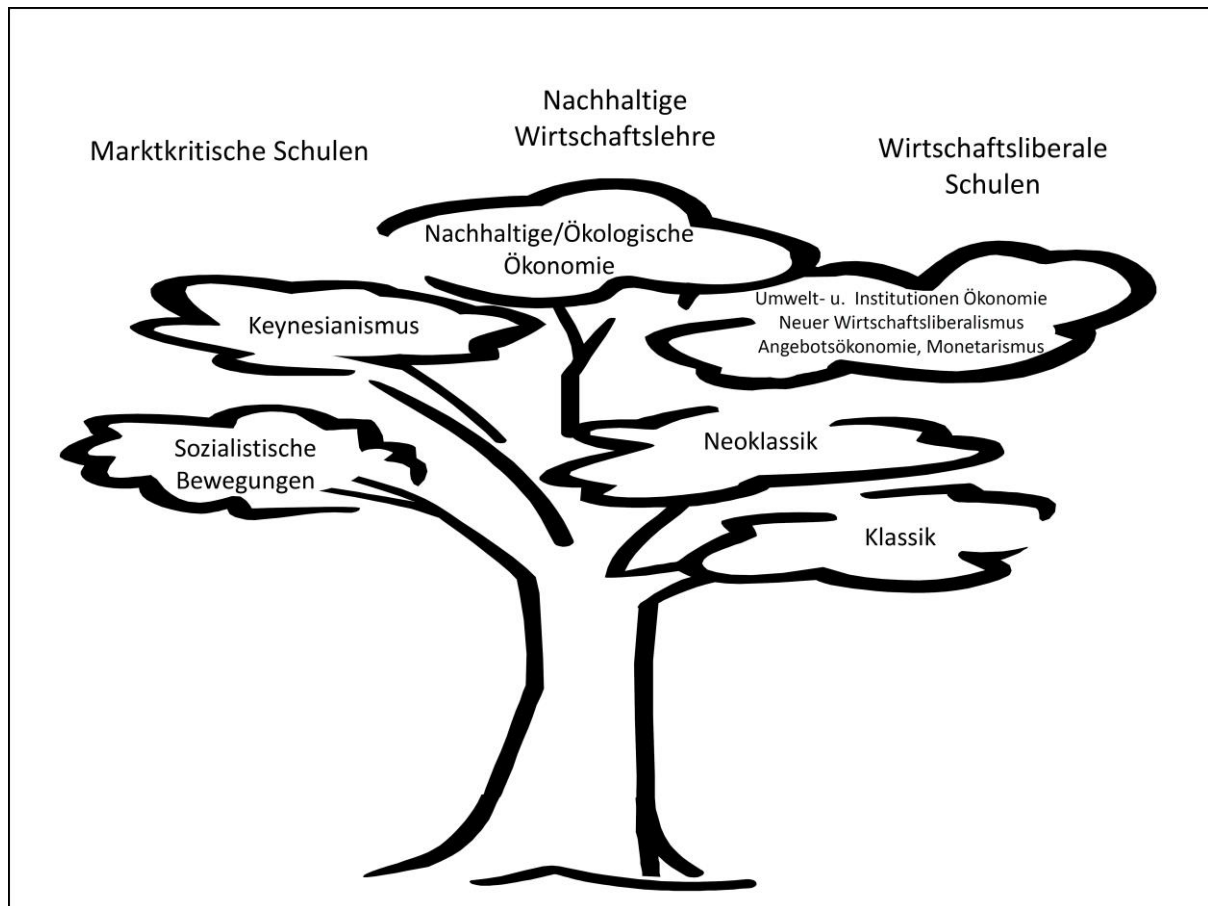


Abbildung 1: Modell der wichtigsten Wirtschaftsschulen

Quelle: Eigene Erstellung Klinkow, Rogall 2011

Die Nachhaltige Ökonomie ist, wie die Ökologische Ökonomie, (noch) keine einheitliche Theorie, sondern pluralistisch angelegt (Hinterberger u. a. 1996: 153 und 226). Sie wird von vielen Autoren als eine Art Oberbegriff für verschiedene Erklärungsansätze angesehen (Costanza u. a. 2001: 60). Hierzu gehören auch ein „grüner Keynesianismus“ (Schlegelmilch 2009), die Methoden der Zukunftsforschung (Kreibich 2009) und Teile der System- und Komplexitätstheorie (Beckenbach 2009). Einige Vertreter der Ökologischen Ökonomie akzeptieren die neoklassische Mikroökonomie als theoretische Fundierung. Sie verwenden in ihren Theorien nicht nur die Erkenntnisse der Instrumentendiskussion und sozial-ökonomische Faktoren, mit denen die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen erklärt werden kann und von der Nachhaltigen Ökonomie anerkannt wird, sondern auch viele andere neoklassische Modelle, z. B. das Menschenbild vom homo oeconomicus. Die Mehrzahl der VertreterInnen der Nachhaltigen Ökonomie steht der traditionellen Ökonomie kritisch gegenüber. Sie betonen, dass der pluralistische Ansatz nicht zur Beliebigkeit und Inhaltsleere führen darf und weisen darauf hin, dass die traditionelle Ökonomie die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen völlig unzureichend behandelt (Herr 2009). Sie fordern eine grundlegende Reform oder sogar einen Neuaufbau des ökonomischen Lehrgebäudes (s. Drittens).

Dabei erkennen auch sie die sozial-ökonomischen Faktoren des Marktversagens an (Externalisierung, Öffentliche-Güter-Problematik u. v. a. m.). Hiermit konnte die Umweltökonomie zeigen, dass die Übernutzung der natürlichen Ressourcen und die Gefährdung wichtiger ökologischer Funktionen strukturell bedingt sind und in den Industriestaaten quasi zwangsläufig entsteht. Da neoklassische Ökonomen aber – entgegen ihrer eigenen Erkenntnisse vom Marktversagen – den Markt als alleiniges Verteilungsinstrument erhalten wollen und auch nicht bereit sind auf andere Dogmen zu verzichten (Diskontierung, Monetarisierung der Umweltkosten, Konsumentensouveränität), treten aus Sicht der Nachhaltigen Ökonomie erhebliche Widersprüche auf (Faber 1998), so dass ihr Beitrag für eine Nachhaltige Ökonomie insgesamt als bescheiden angesehen wird.

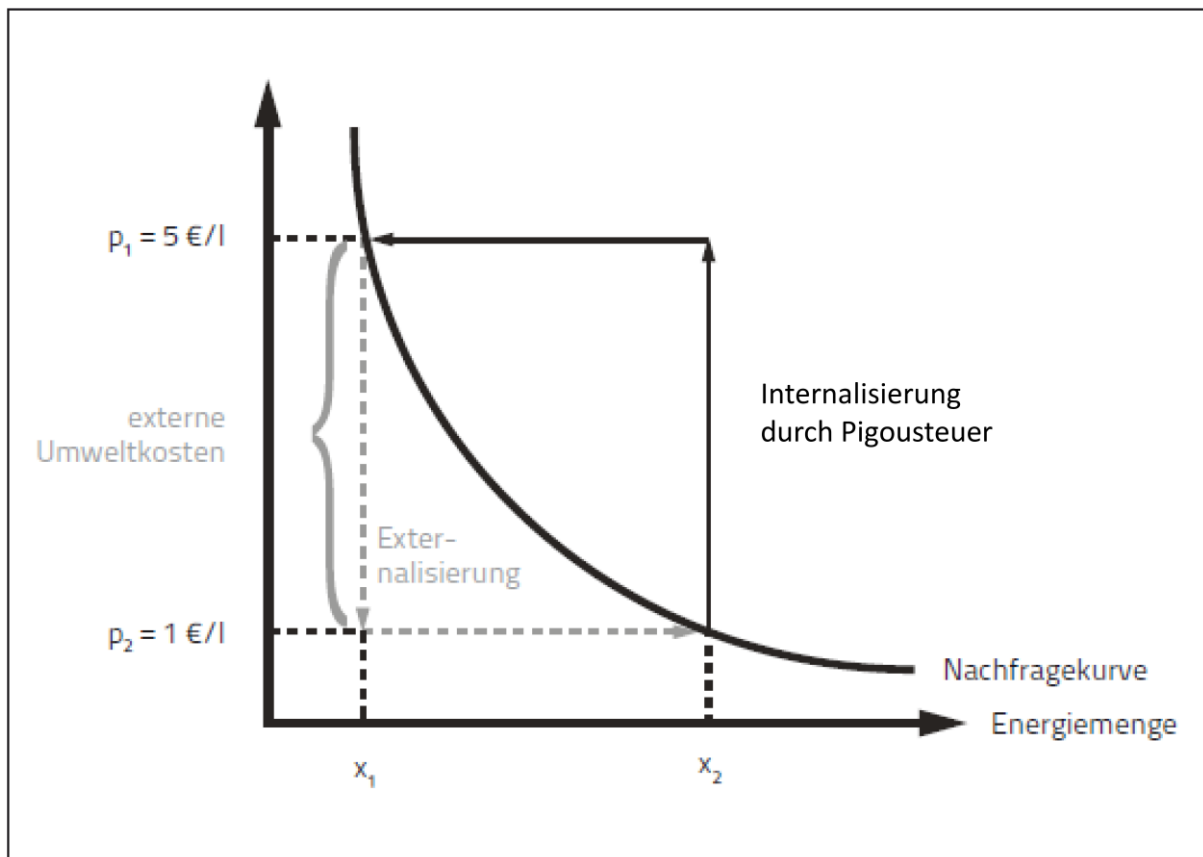


Abbildung 2: Optimaler Verbrauch der Ressourcen durch Pigousteuer

Quelle: Rogall 2012, Kap. 2.

Drittens: Weiterentwicklung der traditionellen Ökonomie und Ökologischen Ökonomie zur Nachhaltigen Ökonomie

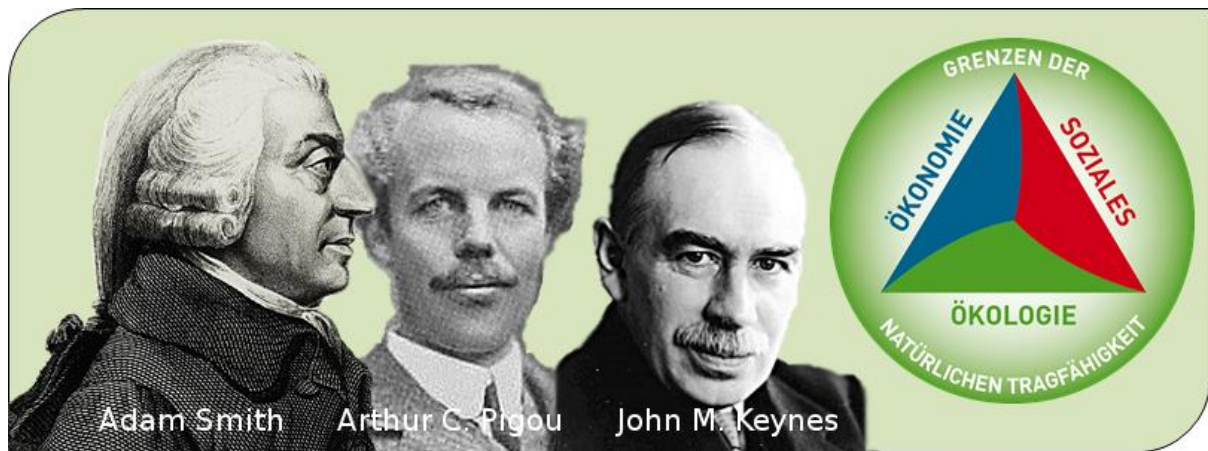


Abbildung 3: Vordenker der Nachhaltigen Ökonomie

Quelle: Eigene Erstellung Sven Klinkow, Holger Rogall 2011.

Die Nachhaltige Ökonomie grenzt sich von einer Reihe von Aussagen der neoklassischen Ökonomie ab und sieht die Zeit gekommen, das Lehrgebäude unter Heranziehung der Erkenntnisse anderer Disziplinen (z. B. der Gehirn- und Verhaltensforschung sowie Kultur- und Naturwissenschaften) neu zu errichten bzw. eine umfassende Reform durchzuführen. Dabei sehen viele eine Koexistenz (Nebeneinanderstellung) der traditionellen und der Nachhaltigen Ökonomie nicht als ausreichend an. Sie fordern eine grundlegende Veränderung der Lehrinhalte in der ökonomischen Lehre (Binswanger, Ekardt, Hauchler, Kreibich, Nantke 2009). Hierbei sehen sie u. a. die drei Grundaxiome der Neoklassik als überholt an (Menschenbild, Selbststeuerung über Märkte, grenzenlose Naturverfügbarkeit; Hauchler 2009). Des Weiteren müssen die errechenbaren Gleichgewichtsmodelle ersetzt werden (Beckenbach 2009).

Die Erkenntnisse der Nachhaltigen Ökonomie sollen in alle wirtschaftlichen Studiengänge und Lehrbücher aufgenommen werden. Im Mittelpunkt steht die Aufgabe das volkswirtschaftliche Lehrgebäude so umzuformulieren, dass es künftig einen Beitrag dazu leisten kann die Prinzipien und Managementregeln einer Nachhaltigen Entwicklung einzuhalten. Dies beginnt schon bei den zentralen Begriffen und Grundlagen: Umweltgüter sind meritorische Güter und können nicht als öffentliche Güter angesehen werden, da sie knapp sind; die rein zweckrationale Konsumentenentscheidung wird durch ein mehrfaktorielles Modell ersetzt, das sozial-kulturelle und psychologische Faktoren beinhaltet.

Weiterhin sollen die Dogmen der Konsumentensouveränität und des grenzenlosen Freihandels nur noch als historische Positionen gelehrt und die Notwendigkeit von „Gemischtwirtschaften“ mit nachhaltigen Leitplanken und einem globalen Ordnungsrahmen in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese Aussage gilt auch für das wissenschaftlich überholte Menschenbild des homo oeconomicus, das durch eine realistischere Perspektive ersetzt werden soll (s. Fünftens).

Viertens: Kontroversen, Wachstumsfrage

Die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie sind sich einig, dass eine nachhaltige Wirtschaftslehre keine starre Theorie sein kann, sondern ein Diskussionsprozess und eine stetige Weiterentwicklung notwendig ist. Hierzu gehören auch die Ausweitung des Erkenntnisinteresses auf andere nachhaltigkeitsrelevante Fachdisziplinen.

Eine wesentliche **Kontroverse** ist die Frage, wie das Wachstumsparadigma der traditionellen Ökonomie durch ein Nachhaltigkeitsparadigma ersetzt werden kann. Vertreter der beiden größten Wirtschaftsschulen, die Keynesianer wie die Neoklassiker, sind sich darüber einig, dass wirtschaftliches Wachstum als das wichtigste wirtschaftspolitische Ziel anzusehen ist (auch wenn Keynes aufgrund der absoluten Einkommenshypothese nicht an ein dauerhaftes Wachstum glaubte). Dass eine dauerhafte exponentielle Steigerung des BIP (z. B. über weitere 100 Jahre) nicht möglich ist, wird verdrängt und die Folgen für die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen verharmlost. Die Vertreter beider Schulen fragen nicht, was wachsen soll, sondern fordern ganz generell die Steigerung des BIP. Besonders deutlich wurde diese Einstellung mit den nachlassenden Wachstumsraten in Europa seit der Jahrtausendwende, als der Ruf nach Innovationen um ihrer selbst willen immer lauter wurde. Lange Zeit schien es so, dass für immer genügend Ressourcen zur Verfügung stehen würden und Abfälle (hier definiert als alle unerwünschten Emissionen und Rückstände, die beim Konsum und bei der Produktion entstehen) problemlos an die Natur zurückgegeben werden könnten. Dies ging in der Vergangenheit gut, führte aber zur Vernachlässigung der Regenerationsrate der natürlichen Ressourcen, was sich aus Sicht der Nachhaltigen Ökonomie zu einer Art „Raubritterökonomie“ entwickelte, die die natürlichen Ressourcen bedenkenlos ausplündert, ohne über die Folgen nachzudenken.

Um die mangelnde Zukunftsfähigkeit eines derartigen Wirtschaftens und die notwendigen Lösungsansätze zu verdeutlichen, benutzen die Nachhaltige Ökonomie und die Ökologische Ökonomie das Modell der „Raumschiff-Wirtschaft“ (Economy of the Spaceship), das von Boulding entwickelt wurde (1966; vgl. a. Costanza u. a. 2001: 74). Die Erde mag zwar größer sein als die heutigen Spaceshuttles, aber es bleiben die gleichen strukturellen Probleme. Dauerhaft können nicht mehr Ressourcen verbraucht und nicht mehr Emissionen abgegeben werden, als sich regenerieren lassen. Dieses Modell macht deutlich, dass die Erde ein in sich geschlossenes System ist, das außer der Sonnenenergie keine zusätzlichen Ressourcen erhält und somit dauerhaft nur als Kreislaufsystem existieren kann. Durch dieses Bild wird auch einsichtig, dass das traditionelle Ziel der Ökonomie, dauerhaft für eine stetige Steigerung der materiellen Güterproduktion zu sorgen, überholt ist. An dessen Stelle tritt das **Nachhaltigkeitsparadigma**, das die Grundbedürfnisse der Menschen (Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Trinkwasser, Wärme, Mobilität, soziale Zugehörigkeit usw.) mit möglichst wenig Ressourcen und Güterverbrauch befriedigen will, so dass der Ressourcenverbrauch stetig sinkt. Künftige Generationen sollen mittelfristig die gleichen Ressourcen wie die gegenwärtig lebende Bevölkerung vorfinden können (Frey 1985: 17). Von dieser Erkenntnis ist die Mehrzahl der Wirtschaftsakteure aber weit entfernt. Trotz aller Lippenbekenntnisse zum effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen unternehmen sie nichts wirkungsvolles, um die immer schnellere Ausbeutung der Ressourcen zu stoppen. Dürr vergleicht die Ökonomie mit Bankräubern, die in immer raffiniertere und teurere Schweißgeräte investieren, um immer dickwandigere Tresore mit den in der Vergangenheit angesammelten Schätzen zu knacken (Dürr 1995: 65 in: Bartmann 2001: 63).

Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie sind sich daher darüber einig, dass dieses Wachstumsparadigma nicht zukunftsfähig ist (Bartmann 2001: 62). Aus ihrer Sicht muss es daher durch ein Nachhaltigkeitsparadigma ersetzt werden, das den „scale“, die absolute Nutzung der natürlichen Ressourcen (den Stoffdurchsatz), kontinuierlich senkt (im Unterschied zum relativen Verbrauch, der den Verbrauch pro BIP misst; Hinterberger u.a. 1996: 40 und 227). Das soll durch drei Strategiepfade der Nachhaltigen Ökonomie (Effizienz, Konsistenz, Suffizienz; Huber 1995 und 2000) erreicht werden. Hierbei herrscht Einigkeit darüber, dass die Realisierung einzelner Effizienzmaßnahmen nicht zu einer Nachhaltigen Entwicklung führen kann (BUND u.a. 2008: 233) und es vielmehr um eine Transformation, die den Verbrauch der natürlichen Ressourcen in den Industriestaaten innerhalb der nächsten 35 Jahre um 80 bis 95% vermindert. Das bedeutet aber nichts weniger als die Neuerfindung (fast) aller Produkte und Anlagen nach den Kriterien und Managementregeln der Nachhaltigkeit. Umstritten ist die Hierarchie dieser Strategiepfade: Ein Teil spricht sich für eine Steady-State Ökonomie mit eingefrorenem BIP aus und stellt die Suffizienz in den Mittelpunkt. Die zweite Gruppe will das Ziel des stetigen Wachstums durch eine wirtschaftliche Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit ersetzen (ein „selektives Wachstum“ mit Wachstums- und Schrumpfungsprozessen in ausgewählten Sektoren, Eppler 1981: 147; Rogall 2000: 71 und 132). Hierdurch soll eine absolute Abkoppelung, d. h. eine stetige absolute Minderung des Ressourcenverbrauchs erreicht werden. Dieser Strategieansatz wird durch die **Formel für nachhaltiges Wirtschaften** verdeutlicht.

Die Einhaltung der Formel soll durch einen Automatismus erreicht werden, der mittels Abgaben die Preise der natürlichen Ressourcen, die die Formel nicht einhalten, Jahr für Jahr um einen angemessenen Prozentsatz erhöht, bis die Nichteinhaltung der Formel in den vergangenen Jahren überkompensiert ist. Hierdurch können auch die Rebound- und Side-Effekte kompensiert werden (Beckenbach 2009). Durch diesen Lösungsansatz bestimmt das Ausmaß der Strategiepfade das maximale Volumen der Güterproduktion. Ob hierdurch das BIP insgesamt steigt oder sinkt, wird als weniger wichtig erachtet.

Formel für Nachhaltiges Wirtschaften:

$$\Delta \text{ Ressourcenproduktivität} > \Delta \text{ BIP}$$

D.h. die Steigerung der Ressourcenproduktivität muss immer – Jahr für Jahr – größer als die Steigerung des BIP sein, so dass der absolute Ressourcenverbrauch ständig sinkt und die wirtschaftliche Entwicklung sich an den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit orientiert.

Einigkeit herrscht darüber, dass auf längere Sicht neben den Strategiefaden auch das globale Wachstum gedämpft werden muss (Binswanger 2009) und auf lange Sicht kein materielles Wachstum möglich ist (Hauchler 2009). Fraglich ist hierbei, in welcher Zeit eine fast wachstumslose Gesellschaft zu realisieren wäre. Einige sehen auf absehbare Zeit eine Art

Wachstumszwang, da eine stagnierende Wirtschaft zu sozialpolitisch gefährlichen Schrumpfungsprozessen führen könnte (Binswanger 2009). Entscheidend ist hierbei, dass sich die Wachstumsraten an die natürliche Tragfähigkeit anpassen.

Fünftens: Ethische Grundlagen – Neues Menschenbild

Nach dem intergenerativen Gerechtigkeitsprinzip muss jede Generation darüber selbst entscheiden können, welche Güter sie wie herstellt und wie sie diese gerecht verteilt. Die Veränderung des Klimas, die Vergiftung der Böden, ausgestorbene Arten, ausgebeutete Rohstoff- und Energiequellen schränken diese Freiheit unzulässig ein, da die negativen Veränderungen nicht in akzeptablen Zeitspannen (und teilweise gar nicht) rückgängig gemacht werden können. Weil die natürlichen Lebensgrundlagen eine notwendige Bedingung für das menschliche Leben und Wirtschaften darstellen, entzieht sich ihre Zerstörung einer Abwägung mit wirtschaftlichen Zielen.

Die Ethik der Nachhaltigen Ökonomie enthält die **Prinzipien**: der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit, der Verantwortung und Solidarität, der Vorsorge (mit eigenen Schutzrechten für die Natur), Dauerhaftigkeit und Angemessenheit sowie nachhaltiger Demokratie.

Diese Prinzipien haben weitreichende Konsequenzen: Das *intragenerative Gerechtigkeitsprinzip* fordert die gerechte Verteilung von (Teilhabe an) Lebenschancen, Ressourcenverbrauch und Wohlstand und muss in der Diskussion verstärkt aufgenommen werden (Dzung 2009). An Rawls und Sen anknüpfend definiert die Nachhaltige Ökonomie eine Gesellschaft als gerecht, in der alle Menschen die gleichen Chancen und Rechte haben ein glückliches Leben zu führen und dabei allen Mitgliedern der Gesellschaft die Menschenrechte und die Grundbedürfnisse zum Leben sichert (zur ungleichen Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen s. BUND u. a. 2008: 125, 127). D. h., dass es einer Nachhaltigen Ökonomie nicht alleine um Optimierungs- und Effizienzziele geht (wie der neoklassischen Umwelt- und Ressourcenökonomie), sondern auch um Gerechtigkeit (Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität) und Erhaltung. Für alle heute und künftig lebenden Menschen soll das Recht auf Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, ein fairer Zugang zu natürlichen Ressourcen sowie der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen durchgesetzt werden (Kopfmüller 2003: 25). In der Konsequenz bedeutet die Anerkennung dieser Grundwerte aber auch, dass nur die Produkte und Konsumstile als nachhaltig bezeichnet werden können, die auf alle Menschen übertragen nicht zur Überschreitung der Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit führen (die Diskussion, ob der Verzicht eines Menschen Fleisch zu essen, nicht einem anderen die Möglichkeit zum Verzehr der doppelten Menge gibt, führen wir an anderer Stelle). Während traditionelle Ökonomen fordern, dass in das Marktgeschehen erst eingegriffen wird, wenn die Folgen und Ursachen von Umweltgefahren sicher bewiesen sind, fordern Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie vorausschauend bereits dann einzugreifen, wenn sich hinreichend große Hinweise für eine Gefährdung ergeben. Daraus folgt die Anwendung des *Vorsorge- und Gestaltungsprinzips* (im Sinne eines vorausschauenden Risikominimierungsprinzips; Costanza u. a. 2001: 170).

Aus den Prinzipien der Nachhaltigkeitsethik ergibt sich auch die Forderung nach persönlich verantwortungsvollem Handeln. Eine nachhaltige Entwicklung wird daher als ein sozial-kultureller Transformationsprozess verstanden. Hierbei wird Nachhaltigkeitsethik nicht auf individualistisches Verhalten begrenzt, sondern als politische Gerechtigkeit verstanden (Ekardt 2009). Dabei ist Vertretern der Nachhaltigen Ökonomie wichtig, einen gesellschaftlichen Diskurs zu initiieren, der die Bürgergesellschaft in die Entscheidungsprozesse integriert und das bürgerschaftliche Engagement verstärkt. Insofern ist die Diskursethik ein wichtiger Bestandteil der Nachhaltigen Ökonomie (Ott 2009). Hierdurch

tritt zu der zentralen Rolle der Politik als unverzichtbare und rahmensetzende Instanz die persönliche Verantwortung jedes Einzelnen.

Die Nachhaltige Ökonomie fordert auf das in der traditionellen Ökonomie verwendete, aber durch zahlreiche Untersuchungen der Verhaltensökonomie und der Gehirnforschung als unrealistisch erkanntes Menschenbild des homo oeconomicus zu verzichten. Stattdessen sollte ein realistischeres Menschenbild verwendet werden (Beckenbach, Ekardt 2009). Rogall schlägt als Menschenbild den **homo cooperativus (bzw. Homo heterogenus)** vor (Rogall 2009: 197), das dem heterogenen Potenzial des Menschen und seinem Potential zum kooperativen Handeln, aber auch zum Eigennutz und zur Grausamkeit Rechnung trägt.

Menschenbild vom homo cooperativus/heterogenus: Das Menschenbild der Nachhaltigen Ökonomie bezieht die Erkenntnisse des biologisch-evolutionären Ansatzes in seine Überlegungen mit ein. Nach dieser Theorie hat der Mensch in seiner Entwicklungsgeschichte verschiedene Fähigkeiten erworben, die ihn gegenüber allen anderen Tierarten überlegen machten. Zwei davon sind (a) die Fähigkeit zum langfristig orientierten kooperativen Handeln und (b) die Empathie (Fähigkeit zum Hineinversetzen in andere). Während der homo oeconomicus der neoklassischen Ökonomie jede Entscheidung nach dem Gesichtspunkt der kurzfristigen Nutzenmaximierung fällt und es damit zwangsläufig bei vielen Prozessen, die langfristige Auswirkungen haben, zu Fehlentscheidungen kommt, ist der homo cooperativus in der Lage, die Interessen seiner Mitmenschen und langfristige Entwicklungen in seine eigenen Entscheidungen mit einzubeziehen. Die Fähigkeit zur Empathie birgt zugleich die Fähigkeit zum idealistischen Handeln, eine Fähigkeit, die sich für Gruppen als außerordentlich wichtig herausgestellt hat. Aus dieser Fähigkeit zur Empathie könnte ein Verantwortungsgefühl für Menschen in anderen Kontinenten und künftige Generationen erwachsen. Ob es für eine völlige Verhaltensveränderung ausreicht, ist allerdings unsicher (Quelle: Rogall 2012, Kap. 5).

Sechstens: Inter- und transdisziplinärer Ansatz

Die Gründungsgeschichte der Nachhaltigen Ökonomie ist von der Diskussion zwischen verschiedenen Disziplinen geprägt (z. B. Ökonomen und Naturwissenschaftlern). Es herrscht ein Konsens darüber, dass keine Disziplin und kein Land allein die globalen Umweltprobleme lösen kann (und schon gar nicht die gesamte Themenbreite einer Nachhaltigen Entwicklung). Die neoklassische Umweltökonomie betrachtet die Ursachen und Lösungsstrategien der Übernutzung der natürlichen Ressourcen allein als ökonomisches Problem und sieht die Erreichung ökonomischer Ziele als eine Aufgabe der Märkte an. Sie geht von der Alleinzuständigkeit der Ökonomie aus (sog. Primat der Ökonomie).

Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie hingegen arbeiten bei der Analyse und Strategieentwicklung mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen zusammen. Besonders wichtig erscheinen uns hierbei die Erkenntnisse der Philosophie (z. B. Menschenbild, Quellen für ethische Handlungen, Normen und Werte sowie die persönliche Ebene), der Politikwissenschaft (z. B. Akteursanalyse, Instrumentendiskussion), der Rechtswissenschaft (z. B. Kodifizierung der Instrumente), der Technik- und Ingenieurwissenschaft (z. B. nachhaltige Produkt- und Technikentwicklung) sowie selbstverständlich der Naturwissenschaften (Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit, Klimamodelle). So entstehen transdisziplinäre Lösungen (Michaelis 2009, Lacher 2009). Damit können auch die Wissensgebiete von Theorie und Praxis zusammengebracht werden (Lacher 2009). Darüber hinaus müssen Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie ihr Wissen in andere Disziplinen und Themenfelder einbringen (zur Notwendigkeit der Erweiterung der Nachhaltigkeitsdiskussion auf weitere Themen s. Kopfmüller 2003: 43). Die Kooperation über Fachgrenzen hinweg wird von VertreterInnen der Nachhaltigen Ökonomie auch für die Bereiche der Unternehmensführung und Politik angestrebt. Bisher verfolgten die Fachpolitiker und Mitarbeiter der Fachverwaltungen nicht selten ihre spezifischen Ziele, ohne jegliche Abstimmung miteinander. Z. B. findet sich in dem ursprünglichen GATT-Freihandels-Vertrag kein einziger Bezug zum Umweltschutz, die jahrelangen Verhandlungen zur Vorbereitung der Rio-Konferenz UNCED 1992 und zu den WTO-Verträgen liefen ohne Abstimmung nebeneinander her. Teilweise enthielten die Schlussdokumente miteinander unvereinbare Ziele und Aussagen. Erst im letzten Augenblick konnte in die WTO-Präambel das in Rio vereinbarte neue Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung aufgenommen werden. Wie die ständigen Konflikte zwischen Umweltschutzabkommen und WTO zeigen, existiert auf diesem für Nachhaltigkeit zentralen Gebiet bis heute noch keine konsistente Politik. Um hier bei der Verwirklichung eines Ordnungsrahmens voran zu schreiten, muss das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung in allen internationalen Organisationen auf der Strategieebene verankert werden (Michaelis 2010). Es wird noch geprüft, ob ganzheitliche Ansätze und bzw. oder die Methoden der Systemwissenschaft (Analyse, Theorie) geeignet sind, die Forderungen nach Inter- und Transdisziplinarität zu fundieren.

Siebtens: Notwendigkeit von Instrumenten

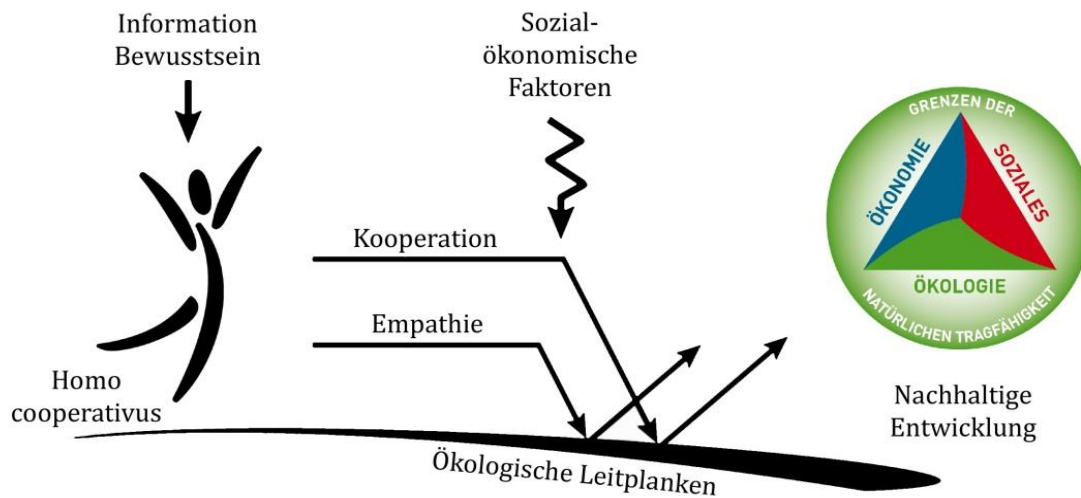


Abbildung 4: Warum der homo cooperativus Leitplanken benötigt

Quelle: Eigene Erstellung Rogall, Treschau, Niemeyer 2008/2014

Aus der Forderung der Verstärkung der Bürgergesellschaft und des gesellschaftlichen Diskussionsprozesses wurde einige Zeit die Illusion geschürt, dass Agendaprozesse (Entscheidungen für eine Nachhaltige Entwicklung) auf dem Konsensprinzip beruhen würden. Eine ökologische Umstrukturierung der Industriegesellschaft und die Durchsetzung des intragenerativen Gerechtigkeitsgrundsatzes verletzen aber die kurzfristigen Interessen mächtiger Wirtschaftsakteure. Von diesen die freiwillige Aufgabe von Privilegien durch Diskussionsprozesse zu erwarten, erscheint wirklichkeitsfremd. Die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie sind stattdessen davon überzeugt, dass es ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen (durch sozial-ökologische Leitplanken), keine Nachhaltige Entwicklung geben kann.

Sie akzeptieren die neoklassische Analyse, dass die sozial-ökonomischen Faktoren quasi zwangsläufig zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen führen. So ist die Ökobilanz (der Ressourcenverbrauch) von Bürgern mit einem durchschnittlichen oder überdurchschnittlichen Einkommen, die sich für umweltbewusst halten, aufgrund ihrer Flugreisen, größeren Wohnungen und Autos erheblich schlechter, als die von Bürgern mit niedrigen Einkommen, denen die Umwelt nach eigenen Angaben unwichtig ist (Kulke 1993; Bodenstein u. a. 1998). Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie schlussfolgern daraus, dass die Höhe des Einkommens für den Umweltverbrauch der Mehrheit eine wichtigere Rolle spielt als der Bewusstseinsstand, und der Staat daher mit Hilfe von politisch-rechtlichen Instrumenten (Leitplanken) eingreifen muss, um das Marktversagen auszugleichen (Holstein 2003: 107). Es herrscht ein Konsens darüber, dass Marktsysteme ökologische Probleme nicht lösen können (Herr 2009) und die Politik daher erneut das Primat der Entscheidungen übernehmen muss (Hauchler 2009). Hierzu gehört auch, dass die Politik in die Technologieentwicklung eingreifen muss (Herr, Kreibich 2009). Derartige politisch-rechtliche Instrumente (ökologische Leitplanken) werden somit als eine Art notwendige Bedingung angesehen, ohne die es keine Nachhaltige Entwicklung geben kann. Daher bekennen sich die

Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie auch zur Notwendigkeit agierender statt reagierender Institutionen und Politik (Costanza u. a. 2001: 95). Im Mittelpunkt steht hierbei ein Instrumentenmix, insbesondere mit umweltökonomischen (Ökologisierung des Finanzsystems, Bonus-Malus-Regelungen und Naturnutzungsrechten) und ordnungsrechtlichen Instrumenten mit Stufenplänen (Nutzungspflichten, Standards und Grenzwerte). Die neoklassische Forderung der Errechnung eines (ökonomisch) optimalen Naturnutzungspunktes wird aber aus ethischen Gründen und den Monetarisierungsproblemen abgelehnt. Allerdings verwenden Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie die Methode der Monetarisierung aus taktischen Gründen, um in der öffentlichen Diskussion die Größenordnung der Umweltkosten (z. B. einer unzureichenden Klimaschutzpolitik) zu verdeutlichen. Eine so verstandene Monetarisierung scheint uns in der Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung legitim. Es darf aber darüber nicht vergessen werden, dass es eigentlich darum geht, die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit zu ermitteln und sie einzuhalten, d.h. den Verbrauch der natürlichen Ressourcen auf ein dauerhaft aufrecht zu erhaltendes Maß zu senken. Dabei sollten sich Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie immer im Klaren sein, dass auch die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit nicht exakt angegeben werden können und Grenzfestsetzungen daher immer nur auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips den Stand von Wissenschaft und Forschung widerspiegeln können. Insofern erscheint die Internalisierung der externen Kosten als wichtiges Instrument (Lacher 2009), aber nicht als ausreichend (Herr 2009). Viele Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie verwenden daher statt der neoklassischen Errechnung der Internalisierung externalisierter Kosten zwei alternative theoretische Ansätze, anhand derer ermittelt werden kann, in welchem Ausmaß der Staat mit Internalisierungsstrategien in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen muss.

Alternative Ansätze zur Festlegung der Höhe der Pigou-Steuer

1. Den *Standard-Preis-Ansatz* (environmental charges and standards approach): Nach dieser Theorie legt (1) der Staat mit Hilfe von Wissenschaftlern (z. B. Ökologen und Klimaforschern) einen Umweltstandard fest (z. B. Immissionsgrenzwerte oder kritische Schwellen, sog. critical loads). Anschließend werden (2) Abgaben auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen erhoben, damit erhöhen sich die Preise der Produkte, die diese Ressourcen beinhalten, und die Nachfrage nach ihnen geht zurück. (3) Die Höhe der Abgaben (Preise) wird über ein langjähriges Trial-and-Error-Verfahren in Verbindung mit einem detaillierten Monitoring solange verändert, bis die Nutzung der natürlichen Ressourcen dem vorher festgelegten Umweltstandard entspricht (Baumol; Oates 1971: 42, im Deutschen vgl. Bartmann 1996: 141). In weiterentwickelter Form kann der Standard auch erreicht werden, indem – statt Umweltabgaben – Naturnutzungszertifikate oder ordnungsrechtliche Standards eingeführt werden. In beiden Fällen kann die Zielerreichung durch eine stufenweise Verschärfung erfolgen (parallel zur stufenweisen Erhöhung der Umweltabgaben). In der wissenschaftlichen Diskussion wird manchmal kritisiert, dass der Standard-Preis-Ansatz präventive Ziele vernachlässigt (Hinterberger 1996 u.a.: 169), das ist aber abhängig vom Standard, nicht vom Instrument. So müssen die Standardfestsetzungen aus Sicht der Nachhaltigen Ökonomie nach dem Vorsorgeprinzip ausgerichtet sein.

2. *Theorie der meritorischen Güter*: Aufgrund der theoretischen Defizite der Neoklassik verwenden viele Vertreter der Nachhaltigen Ökonomen die Theorie der meritorischen Güter, die von Musgrave u. a. (1975: 76) entwickelt, u. a. von Bartmann (1996: 47 und 66) präzisiert wurde. Die Theorie unterscheidet zwischen verschiedenen Güterarten, die besondere

Charakteristika aufweisen und daher unterschiedlich zu behandeln sind. Die Theorie der meritorischen Güter (Güter, die für die Gesellschaft positive externe Effekte erbringen) erklärt, warum Märkte über keine Instrumente verfügen, die zu einer gesellschaftlich optimalen Ausstattung mit meritorischen Gütern führen.

Der Meritorische-Güter-Ansatz und der Standard-Preis-Ansatz bieten Lösungsvorschläge, die nur in der Theorie immer ideal sind. Die Realität ist oft von einem Politikversagen und dem Irrtum der Wissenschaft geprägt. Z.B. führen die durch Wahlen legitimierte Mehrheitsentscheidungen nicht immer zu einem optimalen Ergebnis, da Politiker aus Angst vor den Wählern nicht selten vor den notwendigen Maßnahmen zurückschrecken. Um wieder gewählt zu werden, gaukeln die Politiker der Bevölkerung Lösungen vor, die zwar effektiv erscheinen, aber in Wirklichkeit kaum etwas bewirken, Symbolpolitik genannt. Daher fordern Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie die Verstärkung des gesellschaftlichen Diskurses (z. B. in Form von Enquete-Kommissionen, Bartmann 1996: 66) und des öffentlichen Drucks durch NGOs und Wissenschaft (vgl. Kernaussage sechs).

Achtens: Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs, neue Messsysteme

Durch die Vielzahl an Definitionen und Interpretationen besteht die Gefahr, dass der Nachhaltigkeitsbegriff zum inhaltsleeren Allerweltsbegriff wird (Müller 2009). Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie sind sich darüber einig, dass diese Entwicklung durch die Formulierung von Prinzipien, Managementregeln und neuen Messsystemen verhindert werden muss (siehe Anhang). Hier wird die Notwendigkeit von quantitativen und qualitativen Aussagen betont (Buhlmann, Diefenbacher 2009). Der Nachhaltigkeitsbegriff soll so wie auch die Begriffe Demokratie und Rechtsstaat zwar unterschiedliche Ausprägungen im Detail zulassen (z. B. in Großbritannien und Deutschland), in der Substanz aber eindeutig bleiben (Lerch 2001: 96). Die Ökonomie versucht seit vielen Jahrzehnten die Lebensqualität bzw. die Wohlfahrt (Begriff der Neoklassik) zu messen. Traditionelle Ökonomen setzen hierbei oft Wohlfahrt und Wohlstand (Konsum) gleich (Radke 1999: 123). Dies hat dazu geführt, dass lange Zeit das BIP pro Kopf als Wohlfahrtsindikator verwendet wurde. Die Nachhaltige Ökonomie nimmt die Kritik am BIP als Wohlstandsindikator auf und entwickelt neue Messsysteme in Form von Ziel- und Indikatorensystemen (Costanza u. a. 2001: 133), z. B. der Wohlfahrtsindex NWI (Diefenbacher 2009) und die Vorschläge der Stiglitz-Kommission (Michaelis 2009). Hierbei werden auf der Grundlage von Qualitätszielen messbare Handlungsziele formuliert und der Zielerreichungsgrad durch das Statistische Bundesamt überwacht (vgl. Bundesregierung 2008/11: 36). Das BIP als Wohlstandsindikator muss ersetzt werden, denn wenn wir die falschen Maßzahlen verwenden, können die richtigen Ziele nicht erreicht werden (Stiglitz u.a. 2009; Michaelis 2010).

Neuntens: Globale Verantwortung

Durch die Globalisierungsprozesse herrschen für die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung besondere Bedingungen und Hemmnisse, die berücksichtigt werden müssen. Über die folgenden zentralen Aussagen herrscht unter den Vertretern der Nachhaltigen Ökonomie mehrheitliche Übereinstimmung:

1) **Bewertung der Globalisierung und des Freihandels:** Die Globalisierung birgt Chancen (ökonomische und sozial-kulturelle), aber auch erhebliche Risiken (ökonomische, sozial-kulturelle, ökologische Stabilität, Verlust der staatliche Steuerungspotenziale). Die ungleichen Austauschbeziehungen und einseitige Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern führen zu materiellem Wohlstand in den Industrienationen und zum Teil zu Armut in den Entwicklungsländern. Eine nachhaltige Entwicklung ist aber ohne die Verwirklichung der intragenerativen Gerechtigkeit nicht möglich. Dass so viele Menschen hungern und über ein Drittel der Weltbewohner mit weniger als 2 US-Dollar am Tag auskommen müssen, wird als eklatanter Verstoß gegen die Existenzrechte und die Gerechtigkeit angesehen. Daher wird die Frage, „welche Art der Globalisierung die Menschheit anstrebt und wie sie die geschilderten Risiken verhindern will?“, als eine der wichtigsten Entscheidungen des 21. Jh. angesehen. Hierbei ist noch nicht sicher, ob sich die künftige Weltgesellschaft an den Prinzipien des „Rechts der Stärkeren“ oder an der „Stärkung des Rechts“ (der Gerechtigkeit) orientieren wird (WI 2005: 19).

2) **Ordnungsrahmen:** Die Einführung eines politisch-rechtlichen Ordnungsrahmens ist für die globale Weltwirtschaft unerlässlich, da der schrankenlose Freihandel zum Turbo- und Casinokapitalismus sowie einer ressourcenineffizienten Industriegesellschaft geführt hat. Dieser Ordnungsrahmen umfasst zahlreiche ökonomische und sozial-ökologische Leitplanken (Mindeststandards), z. B. die Regulierung der Finanzmärkte sowie Abgaben auf die Nutzung globaler Güter (Luftraum, Weltmeere usw. zur Finanzierung von Entwicklungsprogrammen), um so den Turbokapitalismus zu zügeln (Diefenbacher 2001). Hierbei spielen die Einführungen von Kontrollen und Instrumenten zur Eindämmung der globalen Finanztransaktionen, im Sinne einer Reform des globalen Finanzsystems, eine besondere Rolle (Kreibich 2009). Sind diese Bedingungen erfüllt, ist ein Handelsaustausch immer sinnvoll, wenn es einem Land gelingt ein Gut ohne Ausnutzung von sozial-ökologischem Dumping preiswerter oder mit deutlich besserer Qualität herzustellen als ein anderes Land.

3) **Umweltregime:** Trotz der vielfältigen Hemmnisse hat die Weltgemeinschaft in den letzten 30 Jahren zahlreiche umweltschutzrelevante Umweltregime eingerichtet (insbes. zum Ozonabbau und zur Senkung der CO₂-Emissionen). Einschränkend hierzu muss betont werden, dass diese nur unter günstigen Bedingungen erfolgreich waren. Oft mussten sogar mehrere Faktoren gleichzeitig erfüllt sein, wobei viele Initiativen dennoch gescheitert oder bis zur Wirkungslosigkeit verwässert worden sind (Rogall 2008: 302). Die Einführung einzelner Umweltschutzregime kann eine Nachhaltige Entwicklung nicht einleiten, vielmehr ist eine ganze Reihe von aufeinander abgestimmten Umweltregimen einzuführen, die möglichst auch eine ökonomische Perspektive bieten.

4) **Ökologische Leitplanken:** Der heutige Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch der Industrieländer kann nicht auf alle sieben – bis 2050 etwa neun bis elf Milliarden Menschen übertragen werden (DSW 2005/03: 4). Vielmehr sind die Belastungsgrenzen bereits heute überschritten. Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie fordern, dass der Verbrauch der natürlichen Ressourcen bis zum Jahr 2050 global um 50% gesenkt wird. Da die Entwicklungsländer ihren geringen Pro-Kopf-Verbrauch nicht senken werden, sondern ihnen vielmehr eine gewisse Steigerung zusteht, müssen die Industriestaaten aufgrund des intragenerativen Gerechtigkeitsgrundsatzes ihren Ressourcenverbrauch auf ein dauerhaft aufrecht zu erhaltendes Maß senken. Heute wissen wir, dass die Industriestaaten bis 2050 ihre Treibhausgasemissionen um 95% senken

und dann den vollständigen Transformationsprozess vom fossilen Zeitalter in das „Solarzeitalter“ mit einer 100%-Versorgung erneuerbarer Energien vollziehen müssen.

5) Rolle der Industriestaaten: Aufgrund der historischen Entwicklung und ihrer hohen Leistungsfähigkeit tragen Industriestaaten eine besonders hohe Verantwortung und Verpflichtung zur Vorreiterrolle (Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung; (Kopfmüller 2003: 37). Das deckt sich auch mit der Meinung einer sehr großen Mehrheit der Deutschen (77 % stimmen dieser Position voll und ganz oder eher zu, BMU2008/12: 27). Damit der globale Nachhaltigkeitsprozess Aussicht auf Erfolg hat, müssen die Industriestaaten die nachhaltige Umgestaltung der Industriegesellschaft konsequent vorantreiben und das Know-how für nachhaltige Produkte und Techniken den Schwellen- und Entwicklungsländern zur Verfügung stellen sowie alle Formen des sozial-ökologischen Dumpings und Subventionen verhindern. Auch die Erfüllung von finanziellen Zusagen der Industrienationen, z.B. im Rahmen der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (ODA), ist zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung in ärmeren Ländern unabdingbar und zudem eine wichtige Voraussetzung, um im Sinne einer Partnerschaft auf Augenhöhe in internationale Verhandlungen voranzuschreiten (Michaelis 2010). Eine besondere Rolle spielt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die USA. Die EU könnte diesen Nachhaltigkeitsprozess unterstützen oder gar anführen, wenn es dem Staatenbund gelingt den innereuropäischen Wettbewerbsdruck um Standortkonkurrenzen abzumildern und Liberalisierungsbestrebungen nicht als Selbstzweck zu fördern, sondern übergeordneten Zielen des Gemeinwohls im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung unterzuordnen. Dadurch könnte Europa einen zusätzlichen Legitimationsschub erhalten und glaubwürdig eine Art Vorreiterrolle/Führungsrolle im globalen Prozess einer nachhaltigen Entwicklung übernehmen. Sollte der Politikwechsel in den USA nur unzureichend stattfinden, müsste ein eigener Wirtschaftsraum diskutiert werden, der besonders enge Beziehungen zu Staaten pflegt, die bereit sind, sozial-ökologische Mindeststandards einzuführen.

6) Rolle der Schwellen- und Entwicklungsländer: Die Schwellen- und Entwicklungsländer (insbes. die sog. neuen bevölkerungsreichen Verbrauchsstaaten wie China, Indien, Brasilien usw.) dürfen die Technik- und Strukturentwicklung der Industriestaaten nicht einfach nachahmen, sondern müssen von Anfang an nachhaltige Techniken einsetzen (analog der Konsistenzstrategie). Es stellt sich die Herausforderung der Ernährungssicherung bei wachsender Bevölkerung, ohne weitere Zerstörung der Ökosysteme. Wie der Weltagrarbericht 2009 aufzeigt, ist hierfür die Mobilisierung und Anerkennung älteren Wissens unerlässlich, energie- und chemieintensive Anbautechniken samt Tierhaltung wären nicht zukunftsfähig (Lacher 2009). Auch tragen sie Verantwortung für die weitere Bevölkerungsentwicklung. Da die Gesamtbelastung der natürlichen Lebensgrundlagen sich aus dem Pro-Kopf-Verbrauch mal der Bevölkerungsanzahl ergibt, liegt ihre Verantwortung bei der Senkung bzw. Begrenzung ihrer Bevölkerungsanzahl (Costanza u. a. 2001: 109 und 206). Viele ökologische Ökonomen thematisieren das Thema der Bevölkerungsentwicklung leider nicht, wahrscheinlich weil die sog. „Bevölkerungsexplosion“ in der Vergangenheit von vielen Autoren missbraucht wurde, um von der ressourcenintensiven Wirtschaftsstruktur der Industriestaaten abzulenken. Auch zeigt der fehlgeschlagene Versuch Indiens, das Bevölkerungswachstum zu senken, dass eine Politik der Bevölkerungskontrolle demokratisch schwer durchsetzbar ist, wenn sie nicht von einer umfassenden sozialen und ökonomischen Begleitungsstrategie ergänzt wird. Das Verdrängen von heiklen Themen ist aber keine akzeptable Methode, um mit solchen Problemfeldern umzugehen. Für uns ist die Begrenzung der Bevölkerungszunahme jedenfalls eine weitere notwendige Bedingung einer nachhaltigen Entwicklung.

7) Abrüstung: Mit dem Ende des Kalten Krieges hofften viele auf weltweit sinkende Rüstungsausgaben, eine „Friedensdividende“, mit der die Entwicklungsziele der Weltgemeinschaft hätten finanziert werden können. Diese Hoffnung hat sich bis heute nicht erfüllt, so dass ein neuer Anlauf genommen werden muss. Immer noch werden jährlich

weltweit etwa 1.500 Mrd. USD für das Militär verwendet (Sipri 2009: 10). Die schrittweise Rückführung dieser Ausgaben z. B. um ein Drittel würde genügend Mittel zur Verfügung stellen, um den Umbau zu einer nachhaltigen Energieversorgung sicherzustellen.

8) Perspektiven: Diese Forderungen sind allerdings leichter erhoben, als in der Praxis umgesetzt. Zwar ist die Anzahl der Kritiker des heutigen Globalisierungsprozesses gewachsen, aber die Hemmnisse, die der Einführung eines akzeptablen Ordnungsrahmens entgegenstehen, erweisen sich aufgrund der großen Interessengegensätze als sehr stark. Der modellhafte Vergleich möglicher Lösungsansätze zeigt, wie weit die Weltgemeinschaft noch von zufriedenstellenden Lösungen entfernt ist. Dabei sind die Ziel- und Interessenkonflikte enorm. Das gilt nicht nur für die Partikularinteressen einzelner Staaten und gesellschaftlicher Gruppen, sondern auch für die Frage, wie eine gerechte und für alle Menschen auskömmliche Versorgung mit materiellen Gütern gewährleistet werden könnte, ohne die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit zu überschreiten. Nach den vorliegenden Erkenntnissen nimmt die Wirtschaft bereits heute einen so hohen Anteil am Umweltraum ein, dass eine Fortsetzung des in den Industriegesellschaften mehrheitlich festgelegten Konsum- und Lebensstils und eine Übertragung dieser Lebensstile auf alle Länder der Welt nicht zukunftsfähig sind. Die derzeitige ungerechte Verteilung der Lebenschancen wird sich aber die Mehrheit der Menschen dauerhaft nicht bieten lassen.

9) Weiterentwicklung der internationalen Institutionen: Um die dargestellten Ziele zu erreichen, müssen internationale Institutionen systematisch nach den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung reformiert und gestärkt werden (dabei sollten die Schwellenländer, z. B. nach dem G-20-Gedanken, in die Entscheidungsprozesse integriert werden - Michaelis 2009). Hierbei ist es zwingend notwendig, dass auch Differenzen zwischen Aussagen und Handlungen der verschiedenen Akteure stärker untersucht werden (Kreibich 2009). Auch müssen diese Institutionen einem verbindlichen und legitimen Auftrag nachgehen. Unerlässlich dabei ist die Schaffung von Sanktionsinstrumenten, die für das Erreichen der Ziele als unumgänglich anzusehen sind (vgl. Stiglitz 2002 und 2006).

Der Weg zu einem globalen Ordnungsrahmen ist langwierig – das sollte jedoch kein Grund sein, ihn nicht zu beschreiten. Parallel sollten nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien verfolgt werden (Michaelis 2010).

Zehntens: Nachhaltige Marktwirtschaft

Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie lehnen alle Formen der Diktatur und Willkürherrschaft ab. Dies gilt auch für eine „Öko-Diktatur“. Stattdessen werden nur Systeme für dauerhaft aufrecht zu erhalten angesehen, in denen die Prinzipien einer partizipativen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verwirklicht sind. Aus diesen beiden Prinzipien wird die Verpflichtung abgeleitet, dass wirksame Langfriststrategien zu entwickeln und durchzusetzen sind, die eine konsequente Umsteuerung zu einem nachhaltigen Wirtschaften ohne gesellschaftliche Entwicklungsbrüche beinhalten.

Hierbei kommen die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie aufgrund ihrer Analyse zu dem Ergebnis, dass kapitalistische Marktwirtschaften ebenso wenig zukunftsfähig sind wie zentrale Verwaltungswirtschaften. Zentrale Verwaltungswirtschaften sind ineffizient (auch zu ressourcenineffizient) und in den Marktwirtschaften existiert in vielen Bereichen Marktversagen (z. B. Armut und Verteilungsungerechtigkeit, Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Unterausstattung mit meritorischen Gütern, Stabilitätsprobleme wie Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Entwicklung). Dieses Marktversagen kann nur dann auf ein akzeptables Maß reduziert werden, oder überwunden werden, wenn die Politik gestaltend eingreift. Daher sprechen sie sich für eine (sozial-ökologische) nachhaltige Markt- bzw. Gemischtwirtschaft aus (Hauff 2008/01: 49; andere sprechen von einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft BUND u.a.: 298). Hierbei wird die Notwendigkeit einer agierenden statt einer reagierenden Politik betont (Costanza u. a. 2001: 96). Strittig ist allerdings die Frage, wie es gelingen soll, die Ziele des nachhaltigen Umbaus der Industriegesellschaft ausreichend konsequent festzulegen und welche Instrumente hierzu besonders geeignet sind (zur gesellschaftlichen Abkehr von rein wirtschaftsliberalen Positionen Niejahr, Schmidt 2007/08: 3; Stiglitz 2006). So muss die Nachhaltigkeitsformel von der Makro- auf die Mikroebene übertragen werden (Beckenbach 2009).

Zu der Transformation der kapitalistischen in eine nachhaltige Marktwirtschaft gehören auch institutionelle und eigentumsrechtliche Änderungen. Viele Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie fordern die Stärkung von genossenschaftlichen und kommunalen Unternehmen und sprechen sich für eine grundlegende Reform des Aktienrechts aus, um so den Wachstumszwang und das Gewinnmaximierungsprinzip zu mindern. Mittelfristig wird von ihnen die (Wieder-)Aufteilung der Aktien in Namensaktien und Inhaberaktien (Binswanger 2009) oder die Umwandlung von Aktiengesellschaften in Stiftungen gefordert (Binswanger, Hauchler 2009). Weiterhin sprechen sie sich für die Rekommunalisierung der Unternehmen der Daseinsvorsorge aus (z.B. dem Rückkauf der Stromnetze). Weiterhin werden gesetzliche Maßnahmen zur Verringerung wirtschaftlicher Macht und eine Stärkung der Transparenz und Lobby-Kontrolle gefordert (Lacher 2009). Hinzu tritt die Forderung den Artikel 14 des Grundgesetzes konsequenter als bisher anzuwenden und die Sozialbindung des Eigentums durch eine Bindung an Nachhaltigkeit zu ergänzen (Hauchler 2010). Eine weitere zentrale Fragestellung beschäftigt sich damit, wie die wirtschaftliche Machtkonzentration verringert werden kann und sich dabei die Transparenz und Lobby-Kontrolle erhöhen lassen (Lacher 2009).